

Informationsblatt Datenschutz

A) Anwendungsbereich

Mit der Anmeldung zur „Auftaktveranstaltung der siebten Demografiewoche“ findet das Datenschutzrecht Anwendung, da personenbezogene Daten offengelegt und verarbeitet werden. Sowohl die Teilnehmenden, als auch die Behörde müssen die Vorschriften der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG) und sonstige datenschutzrechtliche Bestimmungen, die Anwendung finden, beachten.

Mit diesem Informationsblatt möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

B) Verantwortlicher im Sinne der DSGVO

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Deutschland
Telefon: 06131 – 160
E-Mail: poststelle@mastd.rlp.de
Website: www.mastd.rlp.de

C) Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Deutschland
Telefon: 06131 – 160
E-Mail: datenschutz@mastd.rlp.de
Website: www.mastd.rlp.de

D) Zweck der Verarbeitung

Wir verarbeiten personenbezogene Daten zum Zwecke der Durchführung der Auftaktveranstaltung der siebten Demografiewoche sowie zur Dokumentation der Veranstaltung.

Anhand der übermittelten Daten muss zudem der Teilnehmerkreis bestimmt werden, um die Auftaktveranstaltung zu planen, organisieren und durchzuführen.

E) Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen der Anmeldung von Ihnen erhalten haben. Bei den Daten handelt es sich um Kontaktdaten wie Name, Funktion, Organisation, Ihre E-Mail-Adresse sowie gegebenenfalls Video- und Bildaufnahmen. Im Rahmen des Verfahrens kann es auch dazu kommen, dass personenbezogene Daten durch Dritte (z.B. bei der Anmeldung durch Dritte) offengelegt werden.

Wir empfehlen Ihnen, die beabsichtigte Weitergabe dieser Daten an die Behörde gegenüber den betroffenen Personen gemäß Ihren datenschutzrechtlichen Verpflichtungen offenzulegen

und sofern notwendig eine Einwilligung einzuholen.

F) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Der Veranstalter hat bei der Organisation der Veranstaltung folgende Vorschriften zu beachten:

- Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO);
- Landesdatenschutzgesetz (LDSG);

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf Grundlage von folgenden Vorschriften:

- Art 6. Abs. 1 lit. a Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO);
- Art. 6 Abs. 1 lit. f Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO);
- Art. 6 Abs. 1 lit. e Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) iVm. § 3 Landesdatenschutzgesetz (LDSG).

Als Teilnehmerin bzw. Teilnehmer sind Sie im Rahmen der Anmeldung verpflichtet, die geforderten Angaben zu machen. Falls Sie diese Angaben nicht machen, kann gegebenenfalls keine ordnungsgemäße Einladung oder Teilnahme erfolgen.

G) Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Empfänger der personenbezogenen Daten sind insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung sowie sicherheitstechnisches Personal zum Zweck der Einlasskontrolle.

Weiterhin können Angehörige anderer öffentlicher Stellen, insbesondere Prüfungsinstanzen (Gerichte, Rechnungshöfe, Datenschutzbeauftragte), Kenntnis von Ihren Daten bekommen.

H) Wie lange werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Die personenbezogenen Daten werden mit Ablauf der Veranstaltung gelöscht. Die Video- und Bildaufnahmen werden spätestens mit Wegfall des öffentlichen Interesses an der Dokumentation der Veranstaltung gelöscht.

I) Welche Rechte haben betroffene Personen?

Nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) stehen den Betroffenen folgende Rechte zu:

Auskunftsrecht (Artikel 15 DS-GVO)

Werden personenbezogenen Daten verarbeitet, hat die betroffene Person das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten.

Recht auf Berichtigung (Artikel 16 DS-GVO)

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht der betroffenen Person ein Recht auf Berichtigung zu.

Recht auf Löschung (Artikel 17 DS-GVO)

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen nach Artikel 17 DS-GVO vor, kann die betroffene Person die Löschung der personenbezogenen Daten verlangen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DS-GVO)

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen nach Artikel 18 DS-GVO vor, kann die betroffene

Person von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung verlangen.

Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DS-GVO)

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen nach Artikel 20 DS-GVO vor, kann die betroffene Person ihr Recht auf Datenübertragbarkeit geltend machen.

Widerspruchsrecht (Artikel 21 DS-GVO)

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen nach Artikel 21 DS-GVO vor, kann die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen.

Recht auf Widerruf bei Einwilligung (Artikel 7 Abs. 3 DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt.

Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Artikel 77 DS-GVO)

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt.

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Rheinland-Pfalz:

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 208-2449

Telefax: +49 (0) 6131 208-2497

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de

Website: www.datenschutz.rlp.de